

PRESSEDIENST

19.10.2026

Neue Werte des IMK Inflationsmonitors

Inflation: Sechs Haushaltstypen bei 3,4 bis 3,6 Prozent – Tankrabatt oder niedrige Stromsteuer sinnvoller als Zinserhöhungen

Die Inflation in Deutschland ist im September 2026 um 0,4 Prozentpunkte auf 3,3 Prozent gestiegen. Das liegt am weiteren Anstieg der Kraftstoff- und Heizölpreise infolge des höheren Rohölpreises wegen der anhaltenden Blockade der Straße von Hormus und der gestiegenen Raffineriemargen aufgrund von Kapazitätsengpässen durch den Iran- und den Ukraine-Krieg. Der erneute Preisschub bei Kraftstoffen hat sich wie in den Vormonaten bei Familien mit mittleren und mit niedrigen Einkommen am stärksten ausgewirkt. Denn Familien brauchen, oft wegen der Kinder, ein Auto, und Ausgaben für Benzin oder Diesel fallen bei geringen und mittleren Einkommen stärker ins Gewicht. Haushalte mit höheren Einkommen wiederum waren stärker von Preissteigerungen bei Flügen, Pauschalreisen sowie Gesundheits- und sozialen Dienstleistungen betroffen. Das geht aus dem aktuellen Inflationsmonitor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung hervor, für den Inflationsexpertin Dr. Silke Tober die haushaltsspezifischen Teuerungsraten von neun repräsentativen Haushaltstypen untersucht (mehr zu den Typen unten).* Im Ergebnis lagen im September die haushaltsspezifischen Raten bei acht der untersuchten Haushaltstypen mit 3,2 bis 3,6 Prozent recht nahe beieinander (siehe auch die Abbildung im Anhang). Sechs der untersuchten Haushaltstypen wiesen eine Teuerung oberhalb des Durchschnitts auf, also von 3,4 Prozent bis 3,6 Prozent.

Ebenso wie in den Vormonaten habe der Energiepreisschock noch keinen breiteren Preisauftrieb bei anderen Gütergruppen ausgelöst, analysiert Tober: Der „Inflationssprung“ von August auf September gehe vollständig auf den Anstieg der Kraftstoff- und Heizölpreise zurück.

So ist die Preisdynamik bei Nahrungsmitteln mit 0,4 Prozent Anstieg zwar gegenüber dem Vormonat etwas gestiegen, unter dem Strich aber weiter gering, und die Teuerung bei Dienstleistungen hat sich etwas abgeschwächt. Die Endkundenpreise für Strom und Gas lagen wegen meist langfristiger Vertragslaufzeiten und der Subventionierung der Stromnetzentgelte sowie der Streichung der Gasspeicherumlage zu Jahresbeginn weiterhin niedriger als vor einem Jahr. Beides erklärt, dass Alleinlebende mit niedrigen Einkommen, die sich selten Kraftfahrzeuge, Reisen oder aufwendigere Dienstleistungen leisten können, mit 2,3 Prozent im September die im Haushaltsvergleich niedrigste Teuerungsrate schultern mussten. Allerdings sind die Großhandelspreise für Strom und Gas längst spürbar erhöht, zudem ist zu erwarten, dass die

Ansprechpartner in der
Hans-Böckler-Stiftung:

Prof. Dr. Sebastian Dullien
Wissenschaftlicher Direktor IMK
Telefon +49 211 7778-331
sebastian-dullien@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Telefon +49 211 7778-150
rainer-jung@boeckler.de

IMK – Institut für Makroökonomie
und Konjunkturforschung
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf

presse@boeckler.de
www.boeckler.de
www.imk-boeckler.de

hohen Ölpreise über Transport- und Produktionskosten mit der Zeit auf die Preise anderer Güter durchwirken.

Obwohl sich der aktuelle Höhenflug der Großhandelspreise für Erdgas noch nicht in den Verbraucherpreisen widerspiegelt, hat sich Erdgas für die privaten Haushalte in den vergangenen sieben Jahren insgesamt sehr stark verteuert: um 79,9 Prozent gegenüber September 2019. Es folgen Heizöl (73,8%) und Fernwärme (73,1%). Das geht aus einer längerfristigen Inflationsbetrachtung hervor, die ebenfalls im aktuellen IMK Inflationsmonitor enthalten ist. Haushaltsenergie inklusive Strom wurde um durchschnittlich 46,2 Prozent teurer.

Die Preise von Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken haben im Sieben-Jahres-Zeitraum um 39,7 Prozent angezogen. Die kumulierte Inflation insgesamt, gemessen am Verbraucherpreisindex, beträgt 26,3 Prozent seit September 2019. Das ist fast doppelt so viel wie die 14,9 Prozent, die im Einklang mit dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von jährlich zwei Prozent gestanden hätten.

Zinserhöhungen: Nebenwirkungen überwiegen Nutzen

Die EZB müsse angesichts der Energiepreisschocks wachsam sein. Weitere Leitzinserhöhungen wären aktuell aber ein Fehler, weil die Nebenwirkung – Schwächung der Konjunktur und höhere Arbeitslosigkeit – schwerer wiege als der extrem begrenzte Nutzen, betont Tober. Externe Energiepreisschocks als wichtigste aktuelle Inflationstreiber ließen sich mit Zinserhöhungen nicht wirksam bekämpfen. Trotzdem gebe es bereits Forderungen nach einer weiteren geldpolitischen Straffung. Zwar sei zu erwarten, dass die gestiegenen Energiekosten längerfristig Preissteigerungen in anderen Bereichen nach sich ziehen. „Aber auch solche indirekten Effekte liefern keinen hinreichenden Grund für eine weitere Erhöhung der Leitzinsen, da sie wie der ursprüngliche Schock mittelfristig abklingen.“

Statt einer zusätzlichen Schwächung der Wirtschaft durch höhere Finanzierungskosten sind der IMK-Expertin zufolge in Deutschland wie in anderen Euro-Ländern fiskalische Maßnahmen geboten, die die privaten Haushalte entlasten, die Inflation mildern und die Gefahr von Zweitrundeneffekten verringern.

Gemessen an diesen Anforderungen sei der Tankrabatt durchaus sinnvoll, er sollte aber mit Maßnahmen zur Drosselung des Verbrauchs kombiniert werden, beispielsweise verschärften Tempolimits. Die in Aussicht gestellte Senkung der Stromsteuer würde nach Tobers Analyse ebenfalls entlastend wirken. Sie stelle allerdings „lediglich ein Gegengewicht zu der Erhöhung der Tabaksteuer im Januar 2027 und der Zuzahlungen gesetzlich Versicherter dar“. Diese staatlich beschlossenen „Preiserhöhungen“ fließen nämlich ebenfalls in die Berechnung der Inflationsrate ein.

Informationen zum Inflationsmonitor

Für den IMK Inflationsmonitor werden auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamts die für unterschiedliche Haushalte typischen Konsummuster ermittelt. So lässt sich gewichten, wer für zahlreiche verschiedene Güter und Dienstleistungen – von Lebensmitteln über Mieten, Energie und Kleidung bis hin zu Kulturveranstaltungen und Pauschalreisen – wie viel ausgibt und daraus die haushaltsspezifische Preisentwicklung errechnen. Die Daten zu den Haushaltseinkommen stammen ebenfalls aus der EVS. Im Inflationsmonitor werden neun repräsentative Haushaltstypen betrachtet: Paarhaushalte mit zwei Kindern und niedrigem (2000-2600 Euro), mittlerem (3600-5000 Euro), höherem (mehr als 5000 Euro) monatlichem Haushaltsnettoeinkommen; Haushalte von Alleinerziehenden mit einem Kind und mittlerem (2000-2600 Euro) Nettoeinkommen; Singlehaushalte mit niedrigem (unter 900 Euro), mittlerem (1500-2000 Euro), höherem (2000-2600 Euro) und hohem (mehr als 5000 Euro) Haushaltsnettoeinkommen sowie Paarhaushalte ohne Kinder mit mittlerem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 3600 und 5000 Euro monatlich. Der IMK Inflationsmonitor wird monatlich aktualisiert.

*Silke Tober: IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im September 2026 auf 3,3 %, Kraftstoffpreise klettern weiter. IMK Policy Brief Nr. 226, Oktober 2026. Download: https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009519

Ergebnisse des Inflationsmonitors in interaktiven Grafiken:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-inflationsmonitor-51365.htm>

Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Silke Tober

IMK-Expertin für Geldpolitik

Tel.: 0211-7778-336

E-Mail: Silke-Tober@boeckler.de

Rainer Jung

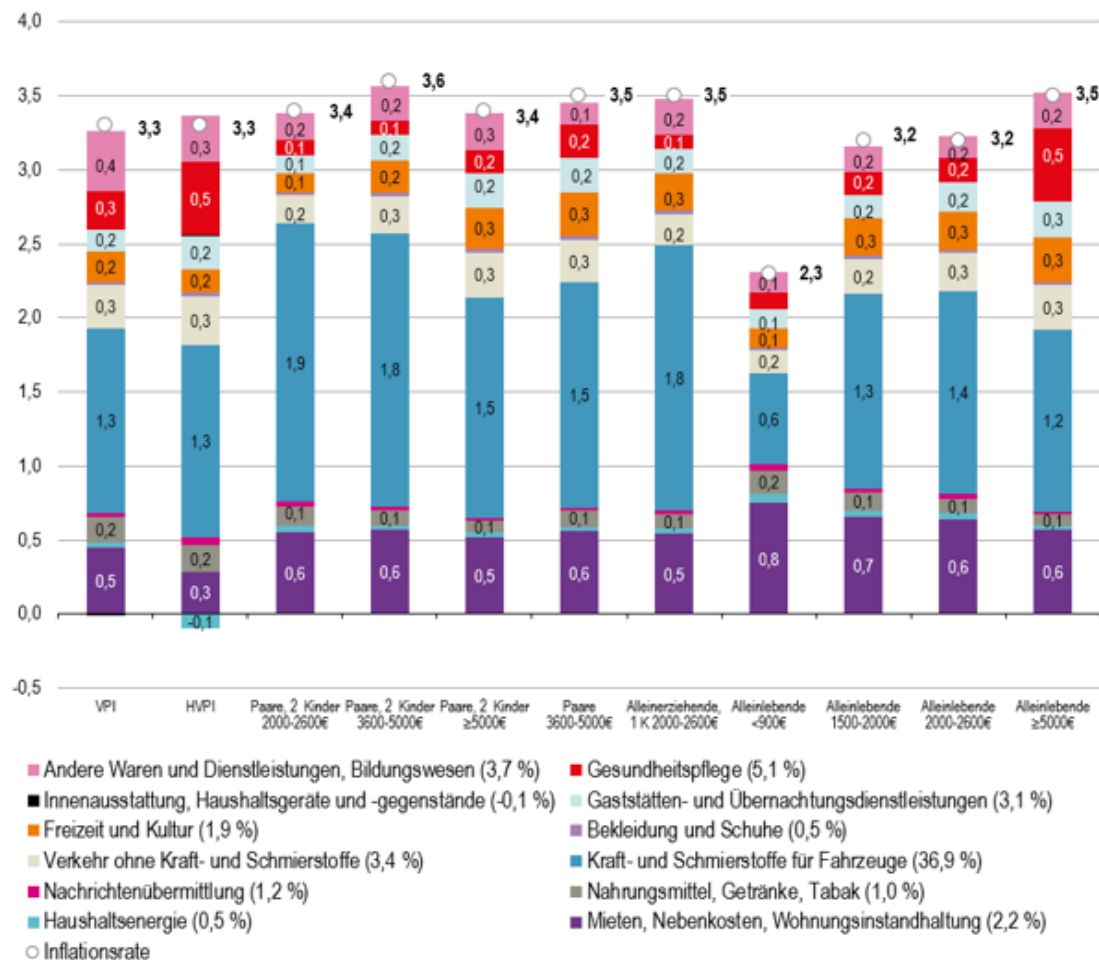
Leiter Pressestelle

Tel.: 0211-7778-150

E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Abbildung (Abb. 3 in der Studie)

Abbildung 3: Haushaltsspezifische Inflationsraten und Inflationsbeiträge im September 2026^{1,2}
in % bzw. Prozentpunkten



VPI: Verbraucherpreisindex, HVPI: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
Inflationsbeiträge beim HVPI berechnet als Ribe-Beiträge nach Eurostat (2018).

¹ Mehrere Angaben der „Paare mit 2 Kindern (2.000-2.600 €)“ sind laut Statistischem Bundesamt wegen einer geringen Zahl von Haushalten, die Angaben gemacht haben, sehr unsicher.

² Legende: Preissteigerungsraten in Klammern.

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.